

Handzeichen, wer dem zustimmt. - Das ist eine ausreichende Mehrheit. Das ist so beschlossen.

5. Sitzung

13. Sept. 1990

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 20:

Erste Beratung: Auskoffierung und Totalsanierung der Deponie Mönchehagen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs 12/137

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 40 Minuten zur Verfügung. Die Einbringung kann bis zu fünf Minuten dauern. In der Debatte stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: SPD und CDU jeweils bis zu zehn Minuten, FDP und Grüne jeweils bis zu fünf Minuten. Eingbracht wird der Antrag von Herrn Abgeordneten Dr. Hruska, dem ich jetzt das Wort erteile.

Dr. Hruska (FDP):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung wird aufgefordert, neben den Sicherungsmaßnahmen mehr zu tun, nämlich ein Sanierungskonzept in Gang zu setzen.

Bärbel Tewes Mdl.
Glisser Weg 1
3073 Liebenau
Tel. 050 23/17 66 od. 057 66/4 59

"Damit wir uns recht verstehen: Zu diesem Sanierungskonzept gehört eine Auskoffnung und eine Entsorgung des Ausgekofferten."

(Zustimmung bei der FDP.)

Das war ein Zitat von Frau Tewes vom 17. Februar 1989 hier in diesem Landtag. Da Frau Tewes das so gesagt hat und da sie noch mehr gesagt hat - nämlich, wir sollten uns nicht hinstellen und etwa sagen, das Auskoffern sei zu teuer, und wir sollten nicht sagen, die Sicherungsmaßnahmen, selbst wenn sie technisch anzuerkennen seien, reichten aus, sondern wir müßten Sanierungsmaßnahmen mit Auskoffnung fordern -, nehme ich das an, was Frau Tewes auch schon am 3. Juni 1988 angenommen hat, nämlich daß wir hier im Hause eine Mehrheit für unseren Antrag finden,

(Zustimmung bei der FDP)

nämlich auszukoffern und das Ausgekofferte zu entsorgen.

(Zustimmung bei der FDP. - Frau Tewes (SPD): Ich danke für die Würdigung meiner Worte!)

- Frau Tewes, ich würdige Ihre Worte immer, wenn sie vernünftig sind.

(Waike (SPD): Damals haben Sie sie nicht gewürdigt! - Frau Tewes (SPD): Den Rest des Zitates hören wir nachher!)

Hier stehen sie in direktem Zusammenhang mit einem Antrag, den wir schon damals gestellt haben. Sie wissen das. Ich gebe natürlich auch zu, daß dieser Antrag, den die FDP-Fraktion damals gestellt hat - so, wie wir ihn heute erneut stellen -, bei der damaligen Landesregierung nicht die nötige Resonanz gefunden hat und daß der Minister Dr. Remmers diese hier von uns gemachten Vorschläge nicht mit dem nötigen Nachdruck verfolgt hat. Ich hoffe nun in dem Sinne, daß wir hier eine Mehrheit für diesen Antrag finden und daß Sie, Frau Griefahn, dies mit dem nötigen Nachdruck tun werden.

(Zustimmung von Rehkopf (FDP).)

Die FDP-Fraktion ist auch für andere Vorschläge offen. Nur eines darf nicht sein: Wir dürfen unsere Entsorgungspolitik nicht zu Lasten unserer Kinder und Enkelkinder betreiben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Das ist das, was wir auch in der Finanzpolitik nicht wollen, daß wir das Geld ausgeben, und die Kinder und Enkelkinder bezahlen hinterher nur noch die Zinsen. So wollen wir auch nicht, daß über Hunderte von Jahren - ich wage größere Zahlen nicht auszusprechen, obwohl sie realistisch wären - das Sickerwasser abgepumpt werden muß mit nachträglicher Dekontamination, sondern wir wollen, daß wir die Entsorgungsaufgaben, die wir selbst zu lösen haben, weil wir diese Dinge selbst in die Welt gesetzt haben, in unserer Generation lösen. Dazu gehört ein Sanierungskonzept.

(Beifall bei der FDP.)

Man soll uns da auch nicht, weil in diesem Sanierungskonzept etwas von Hochtemperaturverbrennungsanlagen steht, Pyromanen schimpfen. Dort, wo es andere Lösungen gibt, sollen diese genutzt werden. Wir werden nicht alles verbrennen müssen. Wir werden ja durch die Möglichkeiten einer chemisch-physikalischen Aufbereitung und einer anschließenden Sortierung auch Wege finden, daß man es teilweise gar nicht verbrennen muß und daß man es teilweise durch andere thermische Verfahren entsorgen kann. Pyromanen sind nicht diejenigen, die dort etwas verbrennen, wo es verbrannt werden muß. Genauso, wie auch die Menschen, die im kalten Winter ein Feuer machen, um sich die Hände zu wärmen, keine Pyromanen sind, sind auch wir keine, wenn wir die Notwendigkeit sehen, einiges mit Hochtemperaturverbrennung zu entsorgen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU.)

Einiges wird dann auch deponiert werden müssen, aber in mit einem vernünftigen Verfahren genehmigten Deponien und dort, wo es wirklich unschädlich geschehen kann, zum Beispiel die Unterbringung von Stoffen, die dafür geeignet sind, in Salzkavernen.

(Zustimmung von Rehkopf (FDP) und Dr. Stratmann (CDU).)

Ich mache Ihnen, Frau Tewes, und meine Damen und Herren der Grünen und der SPD, die Sie dieses Konzept mitgetragen haben, aber auch Ihnen aus der CDU das Angebot, daß wir über die Verfahrensschritte miteinander diskutieren. Wovüber wir nicht mit uns diskutieren lassen, ist, uns eine scheinbare Sicherheit vorzugaukeln durch Sicherungsmaßnahmen, die auf Dauer keinen Bestand haben werden. Darüber werden wir zum Schutze unserer Kinder und Enkelkinder nicht mit uns diskutieren lassen.

(Beifall bei der FDP. - Reckmann (SPD): Das ist jahrelang so gemacht worden! - Köneke (SPD): So klar kann man sich äußern, wenn man keine Verantwortung mehr trägt! - Gegenruf von Hirche (FDP): Das haben wir vor drei Jahren genauso gesagt!)

Vizepräsidentin Herrmann:

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat die Frau Umweltministerin Griefahn.

Griefahn, Umweltministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Hruska! Die Deponie Münchehagen ist innerhalb weniger Jahre zu einem Negativsymbol unserer Industriegesellschaft geworden. Es ist eine Altlast gewachsen, die unsere Kräfte und unsere finanziellen Mittel in den nächsten Jahren unnötig und extrem binden und strapazieren wird. Münchehagen steht für eine ungläubwürdige und perspektivlose Umweltpolitik, ist aber auch Ausdruck für umweltfeindliche Herstellungsverfahren und Produkte.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Dieses Münchehagen war - das ist meine feste Überzeugung - zu vermeiden und hätte vermieden werden müssen.

Um die Deponie Münchehagen erfolgreich zu sanieren, bedarf es eines gesellschaftlichen Konsenses. Jede Initiative, erst recht die aus dem parlamentarischen Raum, die hier mithilft, verdient es, unterstützt zu werden. Münchehagen verträgt keine parteipolitischen Profilierungsversuche und keine voreiligen Aktionen, deren Scheitern schon bei der Formulierung erkennbar ist. Wir haben hierzu nicht mehr die Zeit.

(Dr. Hruska (FDP): Meinen Sie damit Frau Tewes?)

- Ich möchte Sie zitieren, Herr Dr. Hruska. Sie sagten in der Plenarsitzung am 3. Juni 1988:

"Ein Sanierungskonzept wird erst vorgelegt, wenn die Erkenntnisse, insbesondere auch die auf wissenschaftlichem Gebiet, dies erlauben. Das bereits jetzt zu tun, wäre Scharlatanerie und eine Verdummung der dort lebenden Bevölkerung."

(Dr. Hruska (FDP): Damals hatten wir diese Erkenntnisse auch noch nicht! Später haben wir sie gehabt! - Zuruf von der CDU: Wenn das die CDU gesagt hätte, wäre es falsch gewesen!)

- Sie haben die Erkenntnisse vor einem halben Jahr noch nicht gehabt, aber in der letzten Woche haben Sie sie bekommen?

(Dr. Hruska: Nein! - Zuruf von der CDU: Was es zu beweisen gilt!)

Vizepräsidentin Herrmann:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Griefahn, Umweltministerin:

Wir haben hierzu nicht die Zeit. - Ich möchte das an dem Antrag der FDP-Fraktion deutlich machen. Herr Dr. Hruska, Sie waren so freundlich, in der Presse zu verkünden, daß Sie mit einem Sanierungszeitraum von 20 Jahren für Ihr Konzept rechnen. Ich entnahm der Presse auch, daß Sie mit 2 Milliarden DM an Kosten rechnen. Das steht in einigem Widerspruch zu den Aussagen und Handlungen Ihrer Partei in der letzten Wahlperiode. Sie haben mir ein Altlastenfinanzierungsmodell hinterlassen, das auf einem jährlichen Aufkommen von 9 Millionen DM beruht. Das heißt also in zehn Jahren 90 Millionen DM, in hundert Jahren 900 Millionen DM, in 200 Jahren 1,8 Milliarden DM. Mit Ihrem Finanzierungsmodell könnte ich also Münchehagen in etwa 220 Jahren auskoffern lassen.

(Frau Tewes (SPD): Das ist aber schade, daß das so lange dauert!)

Das können Sie nicht gemeint haben. - So weit eine Anmerkung zur Glaubwürdigkeit.

Nun zu Ihrem Antrag. Er beruht auf einer Fehleinschätzung der Situation. Sanierungsvorhaben bestehen nicht nur in der Lösung technischer Probleme, sie haben immer und vor allem auch soziale Dimensionen. Die letzte Landesregierung hat uns nicht nur die Altlastdeponie, sie hat uns auch die Altlastunglaubwürdigkeit der Politik hinterlassen.

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Weil das so ist, muß in Zukunft alles getan werden, um bei der Bewältigung dieser leichtfertig hinterlassenen Altlast die Glaubwürdigkeit der Handelnden wiederherzustellen. Das kann nicht dadurch geschehen, daß der Landtag ein Patentrezept beschließt, das ohne Prüfung von Alternativen umgehend und ohne die Betroffenen um ihre Meinung zu fragen, durchgesetzt wird.

(Frau Dr. Dückert (Grüne): So ist das!)

Ein solcher Beschluß ist nicht der Stil, den ich auszuüben gedenke.

(Frau Dr. Dückert (Grüne): Er wäre auch falsch!)

Ein solcher Beschluß trüge auch von vornherein den Keim des Scheiterns in sich, weil die Betroffenen in der Region alle Mittel ausschöpfen würden, um zu verhindern, daß ihre Interessen übergangen werden. Sie hätten darin meine völlige Sympathie, muß ich dazu sagen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir werden deshalb einen anderen Weg gehen. Wir wollen die Sanierung mit den Betroffenen und nicht gegen sie. Die Landesregierung wird deshalb als ersten Schritt eine vertrauensbildende Maßnahme in die Wege leiten. Wir werden aus dem bisherigen, nicht funktionierenden Münchheggen-Ausschuß der alten Regierung einen echten runden Tisch bilden. Dies wird – das kann ich Ihnen versichern – in der verfassungsrechtlich zulässigen Weise geschehen. An diesem runden Tisch sollen alle Maßnahmen, die durchgeführt werden sollen oder müssen, ausreichend erörtert werden.

(Beifall von Frau Tewes (SPD).)

Die Landesregierung wird sich bemühen, eine offensive Informationspolitik zu betreiben. Ich kann alle Beteiligten, insbesondere aus dem politischen Raum, nur eindringlich bitten, sich einem solchen runden Tisch nicht zu entziehen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich hoffe, daß die ablehnende Haltung der CDU vor Ort, die offensichtlich auf der Meinungsbildung zu einem intern noch nicht ausdiskutierten Entwurf zu einer Geschäftsordnung beruht, nicht das letzte Wort ist. In der kommenden Woche werde ich im Umweltausschuß den derzeitigen Stand der Überlegungen vorstellen. Ich appelliere an Sie, meine Damen und Herren von der CDU, Ihre Entscheidung auf der Grundlage dann vollständiger Informationen zu überdenken und sich an diesem runden Tisch zu beteiligen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich möchte im folgenden kurz auf die Probleme eingehen, die sich für mich derzeit aus dem vorliegenden Antrag ergeben. Im Unterschied zu der Landtagsentschließung aller Parteien vom 14. Juni 1989 wird von der FDP die Auskofferung der Deponie Münchheggen insgesamt nach einem bestimmten Verfahren undifferenziert gefordert. Alternativbetrachtungen, die im Vorfeld in Pilotversuchen erprobt werden sollten, sollen außer acht gelassen werden. Dies trifft auch für alternative Betrachtungen der Entsorgung der auszukoffernden Abfallstoffe zu. Beispielsweise ist von einer möglichen biologischen Behandlung nicht mehr die Rede.

Infolge der Landtagsentschließung hat die Verwaltung bereits begonnen, parallel zu den durchgeführten Sicherungsmaßnahmen ein Sanierungskonzept für die Sondermülldeponie zu entwickeln. Notwendig dafür ist allerdings zunächst die Entnahme von etwa 50 Proben, die in Auftrag gegeben wurde. Darüber hinaus wird eine Machbarkeitsstudie durch ein Fachbüro erstellt werden,

(Frau Tewes (SPD): Na endlich!)

in der verschiedene Möglichkeiten der Entnahme der Stoffe aus der Deponie geprüft werden. Hierbei wird auch das von Ihnen favorisierte CC-Verfahren als eines der möglichen Verfahren einbezogen werden. Ich gehe davon aus, daß die Entscheidung über die Durchführung eines Pilotprojekts erst dann fallen kann, wenn alle möglichen Verfahren auf ihre Risiken und auf ihre Machbarkeit hin überprüft worden sind.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen. – Frau Tewes (SPD): Sehr verantwortungsvolle Politik!).

Dabei ist nicht allein das Entnahmeverfahren zu betrachten; vielmehr muß dieses im Zusammenhang mit der Entsorgung der zu entnehmenden Stoffe gesehen werden. Wenn sich dann in der Diskussion aller Betroffenen ein Konsens über die durchzuführende Maßnahme herausgebildet hat, muß diese in einem Pilotprojekt auf die großtechnische Anwendung hin überprüft werden. Eine solche Vorgehensweise gebietet schon allein der Grundsatz des verantwortungsbewußten Umgangs mit Haushaltsmitteln. Denn wir können uns nicht erlauben, eine Fehlentscheidung zu treffen.

(Frau Tewes (SPD): Sparsam auch noch! Ist das nicht wunderbar?)

Der Antrag der FDP scheint mir von einer solchen Vorgehensweise abzuweichen. Insbesondere wird unter Nr. 4 ohne Nachweis der Machbarkeit davon ausgegangen, daß das Tiefkaltvereisungsverfahren und die Hochtemperaturverbrennung zusammenpassen. Ob dies der Fall ist, scheint mir höchst zweifelhaft zu sein. Unabhängig von den Energiekosten müßte hierbei auch noch das Freisetzungsverhalten von Schadstoffen genauestens untersucht werden.

Welche Endlagermöglichkeiten schließlich in Betracht kommen, hängt von so vielen Faktoren ab, daß eine Festlegung des Landtags zum jetzigen Zeitpunkt völlig verfrüht wäre. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsidentin Herrmann:

Danke schön, Frau Ministerin. - Das Wort hat die Frau Abgeordnete Schole.

Frau Dr. Schole (Grüne):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Giftmülldeponie Münchehagen ist wahrlich eines der düstersten Kapitel der Umweltpolitik aus der Regierungszeit der CDU und der FDP.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Ich will nicht eine historische Abhandlung über die Plenardebatten zu Münchehagen vortragen. Wenn in den letzten Jahren in Sachen Münchehagen soviel politisch gehandelt worden wäre, wie geredet worden ist, so wäre die Deponie längst saniert.

(Grill (CDU): Ach du liebe Zeit!)

Daß sie saniert werden muß, ist klar. Das haben wir im Jahr 1989 in einem Antrag gefordert. Insoweit stimmen wir mit dem Antrag der FDP überein, Herr Hruska.

Wir halten es allerdings für falsch, bereits parallel zu den laufenden Sicherungsverfahren für die Deponie Maßnahmen für eine Sanierung einzuleiten. Das Sicherungsverfahren ist vordringlich, um die Gefahren, die von der Deponie für Mensch und Umwelt ausgehen, nämlich eine weitere Verseuchung von Boden, Luft und Wasser, die zu befürchten ist, zu vermeiden.

Wenn die Totalsanierung in der Form, in der sie sich die FDP-Fraktion vorstellt, erst in 20 Jahren abgeschlossen sein soll mit einem Verfahren, das überhaupt noch nicht erprobt ist, so halte ich es nicht für vertretbar, diese Sanierung ohne vorherige Basisabdichtung so, wie sie möglich ist, durchzuführen. Ich bin der Meinung, daß man über die technischen Einzelheiten überhaupt noch nicht entscheiden kann. Ich glaube sogar, daß wir noch nicht einmal im Ausschuß über die technischen Einzelheiten werden diskutieren können.

(Grill (CDU): Meine Güte!)

Ich meine, daß die Frau Ministerin hier das Richtige gesagt hat. Sie hat gesagt, daß es völlig unmöglich sei, in dieser Form eine solch vereinfachte Maßnahme vorzuschlagen.

(Beifall bei den Grünen. - Zuruf von Grill (CDU). - Waïke (SPD): Herr Grill hatte die Technik, wollte Sie bisher nur nicht anwenden! - Weitere Zurufe.)

- Ich glaube, Sie haben meine Ausführungen gar nicht verstanden, Herr Grill.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß auch eine nachträgliche Basisabdichtung innerhalb der Sicherung der Deponie überprüft werden sollte und daß wir - wenn es um die Beurteilung technischer Verfahren, die Deponiesicherung oder -sanierung geht - ferner mit den Betroffenen vor Ort sprechen sollten, um das Ganze nach streng sachlichen Kriterien der Geeignetheit zu beurteilen und auszuwerten. Eine Totalsanierung der Deponie Münchehagen als 20 Jahre währendes Pilotprojekt zu betreiben halten wir angesichts der Gefährlichkeit des Deponieinhalts für völlig ungeeignet. Die Tiefkaltvereisung, Herr Hruska, mag ein geeignetes Sanierungsverfahren sein. Ich meine aber: In Münchehagen sollte dieses Verfahren erst dann angewendet werden, wenn es sicher erprobt und seine Durchführbarkeit getestet sein wird.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Ein vollständiger Sanierungsplan ist nötig. Er wird in Angriff genommen in Zusammenarbeit mit Behörden, Kommunalvertretern, Umweltverbänden und allen Betroffenen. Es gibt sehr gute Ansätze im MU, um dieses durchzuführen. Hier bewegt sich endlich etwas. Hier wird etwas in Angriff genommen, meine Damen und Herren. Ich glaube, daß das Problem Münchehagen bei dieser Landesregierung in guten Händen ist.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsidentin Herrmann:

Das Wort hat nun Herr Dr. Hruska.

Dr. Hruska (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal folgendes: Frau Griefahn, wenn Sie mich zitieren - ich habe das bei Frau Tewes getan, indem ich die letzten Äußerungen zitiert habe -, dann bitte ich Sie darum, dies auch so zu tun, daß Sie nicht in die frühe Vergangenheit zurückgreifen und hier auslassen, daß die FDP den gleichen Antrag schon vor zwei Jahren gestellt hat und daß ich in dieser Hinsicht schon damals dieselben Argumente vorgebracht habe. Aufgrund Ihres Zitates könnte der Eindruck entstehen, als wären wir immer gegen eine Sanierung gewesen. Wir sind aber nur so lange gegen eine Totalsanierung gewesen, wie wir befürchten mußten, daß die Menschen in der Umgebung Münchehagens aufgrund eines technischen Verfahrens, nämlich der Auskoffierung, hätten leiden müssen, weil wir die Staubemissionen nicht hätten in den Griff bekommen können. In dem Augenblick, in dem wir ein technisches Verfahren kannten, das eine Sanierung ohne Gefahren möglich macht, haben wir diesen Antrag gestellt. Das, Frau Schole, unterscheidet uns von Ihnen. Wir bejammern Münchehagen nicht. Auch wir wissen, daß dies ein schwarzer Punkt ist. Wir bejammern dies aber nicht dauernd, sondern wir geben dort, wo konkrete Fragen gestellt werden, auch konkrete Antworten.

(Beifall bei der FDP.)

Nun können Sie aber andere konkrete Antworten geben. Sie dürfen hier aber nicht ausweichen und immer nur sagen: Hier besteht ein Manko. Es muß saniert werden. Wie aber saniert werden soll, wissen wir nicht. - Machen Sie bessere Vorschläge. Ich sage Ihnen in diesem Zusammenhang auch noch folgendes, Frau Griefahn: Wir sind ja nicht festgelegt. Dies ist ein Antrag, der zeigt, daß wir eine Sanierung wünschen und Vorschläge dafür machen, wie man eine Sanierung vornehmen kann. Wenn man dann im Ausschuß aber zu der Auffassung kommt, daß statt des CC-Verfahrens durch Tiefkaltvereisung ein anderes Verfahren erprobt werden soll - ich kenne inzwischen andere Verfahren, die damals allerdings noch nicht vorgestellt worden sind -, dann habe ich nichts dagegen. Ich habe das in meinem vorherigen Redebeitrag auch schon zum Ausdruck gebracht.

(Frau Tewes (SPD): Dann haben Sie den Antrag falsch formuliert!)

Wenn es hinsichtlich der Verbrennung andere Möglichkeiten gibt, dann habe ich auch dagegen nichts. Wir haben hier zunächst einmal aber nur konkrete Vorstellungen vorgetragen.

Wir haben Ihnen technische Möglichkeiten genannt, und – das Bessere ist des Guten Feind – Sie sind aufgefordert, uns bessere Möglichkeiten zu nennen. Wenn Sie das tun, ist ja alles okay, aber jammern Sie nicht, ohne Alternativen zu haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsidentin Herrmann:

Das Wort hat Herr Eveslage.

Eveslage (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der FDP-Fraktion trifft ins Zentrum des Gegensatzes zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Sonderabfall- und Altlastenpolitik der neuen Landesregierung und der rot-grünen Mehrheit in diesem Landtag.

(Reckmann (SPD): Und der alten!)

– Herr Reckmann, wir kommen gleich darauf. – Insofern begrüßen wir diesen Antrag, auch wenn wir in der Sache – das sage ich sofort – nicht gleichziehen. Mit der Behandlung des Antrages im Plenum und im Ausschuß wird der Widerspruch deutlich werden zwischen den Aussagen vor der Wahl einerseits und der tatsächlichen Politik andererseits, die sich an der im übrigen schon vorher bekannten Realität und auch – darauf werden wir besonders achten – an den Gesetzen auszurichten hat. Wir werden die Öffentlichkeit nicht vergessen lassen, was von Rot-Grün bei der jeweiligen oder bei der gemeinsamen Basis gesagt worden ist und was im Gegensatz dazu jetzt Sache ist. Die neue Mehrheit muß Farbe bekennen, wie ehrlich sie in die sogenannte neue Zeit geht, oder ob überhaupt.

Im Mai 1989 – das ist ein gutes Jahr her – hat sich Frau Dr. Schole im Umweltausschuß – ich zitiere nicht aus dem Protokoll, das ist, glaube ich, nicht zulässig, sondern ich zitiere aus dem Ausschußbericht – zu dieser Sache geäußert und hat genau das Gegenteil von dem gesagt, was sie soeben hier an dieser Stelle gesagt hat.

(Zuruf von Frau Dr. Schole (Grüne).)

– Ich beweise es Ihnen; ich zitiere. Zunächst hat damals Herr Mönninghoff, der dann Umweltdezernent in Hannover geworden ist, Ihre Fraktion vertreten; danach haben Sie diese Vertretung übernommen. Herr Mönninghoff hat seinerzeit gefordert – ich zitiere aus dem Ausschußbericht, der im Landtagsprotokoll veröffentlicht worden ist –: Der Sprecher der Fraktion der Grünen vertrat die Auffassung, durch die Sicherungsmaßnahmen werde keine Zeit gewonnen. Wegen der Durchlässigkeit des Deponieuntergrundes müsse die Deponie so schnell wie möglich ausgekoffert werden. Der Antrag der SPD-Fraktion sei deshalb überholt. – Dann hat Frau Dr. Schole dazu gesagt: Lediglich die Sprecherin der Fraktion der Grünen erklärte bereits abschließend, daß sie die Formulierungen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion ablehne und den Antrag ihrer Fraktion aufrechterhalten werde. Die anderen Fraktionen gingen in ihren Forderungen nicht weit genug. So müsse die Deponie auf jeden Fall ausgekoffert werden, und es sei auch keine Durchführbarkeitsstudie dafür erforderlich.

(Hört, hört! bei der CDU. – Zuruf von Frau Tewes (SPD).)

Konsequente Linie, würde ich sagen. Unter anderem haben Sie, Frau Tewes, noch 1988 immer wieder die sofortige Auskoffierung der Sonderabfalldeponie Münchehagen gefordert, zumindest die Auskoffierung des alten Teils und der Polder 2 und 3, wie das auch Herr Bartels mehrfach formuliert hat. Das spricht genau für das, was Ministerin Griefahn eben von der Altlastglaubwürdigkeit der Politik hier ausgeführt hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Wir freuen uns jedenfalls darüber, daß die SPD-Fraktion und die Fraktion der Grünen, die hier am 14. Juni 1989 den Entschließungsantrag von FDP und CDU abgelehnt haben, heute von ihrer Ministerin zur Kenntnis nehmen müssen, daß auf der Grundlage dieser Entschließung an dem Sanierungskonzept gearbeitet wird.

Wenn ich von Unglaubwürdigkeit spreche, dann will ich auch auf die Informationsunlaubwürdigkeit kurz eingehen. Wir freuen uns, Frau Ministerin Griefahn, daß Sie mehr Information in die Bevölkerung bringen wollen. Sie haben hier eben zugesagt, daß das Münchehagen-Plenum, das Sie planen und über das Sie den Umweltausschuß in der nächsten Woche informieren wollen, in absolut verfassungsrechtlich zulässiger Weise eingerichtet wird. Offensichtlich sind Sie zu dieser Erkenntnis durch die

Kleine Anfrage gekommen, die wir von der CDU-Fraktion eingebracht haben und die genau diese Fragen und diese Bedenken in den Mittelpunkt gerückt hat. Insofern haben Sie auch das bestätigt, was wir dazu schon als Bedenken formuliert haben.

CDU und FDP haben den Weg der Vernunft beschritten, den Sie, die jetzige rot-grüne Mehrheit, bis zur Wahl auf das äußerste bekämpft haben.

(Zustimmung von Grill (CDU).)

In der Entschließung vom 14. Juni 1989 haben wir unsere gemeinsame Position dargelegt und mit unserer damaligen Mehrheit beschlossen. Diese Position vom Sommer 1989 gilt für die CDU auch noch im September 1990. Wir brauchen unsere Meinung nicht zu ändern, weil sie richtig war, vorhin durch die Ministerin eigens bestätigt.

Wir sollten - das meine ich im Hinblick auf den FDP-Antrag - von einer einseitigen Vorausfestlegung auf ein ganz spezielles Verfahren zur Auskofferung zum jetzigen Zeitpunkt absehen.

(Frau Tewes (SPD): Sehr richtig!)

Wir können uns darüber allerdings noch im Ausschuß im einzelnen beraten. Ich betone ausdrücklich, daß wir auch bei den jetzt laufenden Sicherungsmaßnahmen für Änderungen und Ergänzungen offen sein müssen, wenn neue Erkenntnisse z. B. über zusätzliche Gefährdungen oder neue technische Entwicklungen bekannt werden.

Wir dürfen mit Genugtuung feststellen, daß das von der vorigen Landesregierung entwickelte Sicherungskonzept für Münchenhagen auch von der jetzigen Regierung weiter verfolgt wird. Rot-Grün setzen unser Sicherheitskonzept um, auch wenn Frau Tewes und andere vor der Wahl ihrer Basis etwas anderes versprochen haben.

(Zustimmung von Grill (CDU).)

Auch die von der Ministerin verordnete Unterbrechung der Sicherungsmaßnahmen hat zu keiner Änderung dieses Konzeptes geführt. Das hatten wir allerdings auch nicht erwartet. Oder anders gesagt: Wenn Sie, Frau Griefahn, nur einmal Ihren Fachbeamten vertraut hätten, wäre auch diese Verzögerung bei den Sicherungsmaßnahmen nicht nötig gewesen. Sie hätten dann nämlich gewußt, daß die Fragen im Zusammenhang mit der Oberflächenabdeckung längst vorher geprüft waren.

Wichtig ist für uns: Dieses Giftlager Münchenhagen muß zunächst gesichert und dann saniert werden. Im Interesse der Menschen in der betroffenen Region und in Niedersachsen werden wir die Regierung dabei unterstützen, zumal sie unsere Position übernommen hat. Wir wollen Sicherheit so schnell wie möglich, aber auch so umfassend wie möglich, d. h. die Entsorgung muß bis zu ihrem Ende durchgeplant und entschlossen durchgeführt werden. Alle Möglichkeiten chemischer, biologischer und thermischer Art müssen genutzt werden, und zwar bis hin zur Endlagerung der dann übrigbleibenden Reststoffe, möglicherweise in Kavernen, möglicherweise anderswo.

Rot und Grün haben damals gegen dieses Konzept gestimmt. Sie haben damals die ehrliche Antwort auf die berechtigten Sorgen der Menschen verweigert. Sie wollten auskoffern, sofort auskoffern. Aber was dann mit dem Gift geschehen sollte, wußten Sie nicht. Ich sage: Sie wissen es auch heute noch nicht. Vielleicht wären Sie schon ein Stück weiter, wenn die Ministerin ihre Leute im Ministerium nicht laufend umsetzte, sondern sachlich arbeiten lassen würde.

(Beifall bei der CDU.)

Selbsternannte Experten – Joschka Fischer hat sie die Ökopäpste genannt –, von Freiburg bis Hamburg, haben sogar schon Zwischenlager für diesen Sondermüll für Jahre und Jahrzehnte propagiert – u. a. Herr Bartels hier im Hause –, für zehntausende Tonnen Giftmüll meist unbekannter Zusammensetzung allein in Münchehagen. Hinzu kommen dann noch die vielen anderen gefährlichen Altlasten und die Rüstungsaltlasten.

(Zuruf von Rippich (SPD).)

– Die Rüstungsaltlasten sind eine Folge des Krieges. In Niedersachsen sind wir froh, Herr Rippich, daß die vorige Landesregierung die Altlasten in vorbildlicher Weise erfaßt hat. Jetzt sind sie erfaßt, und jetzt können Sie weitermachen. Aber die Vorarbeiten mußten erst einmal geleistet werden.

Interessant wäre, Frau Griefahn, von Ihnen zu erfahren, wie Sie heute, nach der Wahl und im Regierungsamt, solche Konzeptionen bewerten, viele Tonnen höchstgefährlicher Gifte in Betonbauten jahrzehntelang zwischenzulagern.

Meine Damen und Herren! Die Zeit der Ankündigungen und Forderungen ist vorbei.

(Zurufe von der SPD.)

Sie stehen in der Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Daraus werden Sie sich, da Sie jetzt mit unserer Hilfe und unserer Entschliebung den richtigen Weg gefunden haben, nicht herausstehlen können. Wir werden Sie daraus auch nicht entlassen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Herrmann:

Das Wort hat Frau Tewes.

Frau Tewes (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist einfach wunderbar: Wir sind an dem Punkt angekommen, wo ich feststellen kann, daß wir endlich gemeinsam, also parteiübergreifend, an der Sicherung und der Sanierung Münchehagens arbeiten können.

Ich betone aber, daß dies nicht auf den Antrag der FDP bzw. auf den Antrag von Herrn Hruska hin geschehen ist, sondern daß wir etwas fortsetzen werden, was in der Vergangenheit in gemeinsamer Arbeit begonnen worden ist und in Zukunft weitergetragen werden wird, hoffentlich von allen zusammen.

(Dr. Hruska (FDP): Gemeinsam mit wem?)

Herr Dr. Hruska, in der "Celleschen Zeitung" vom 3. August 1988 hat sich Herr Hasselmann etwas gewünscht. Er hat sich gewünscht: "Gott schenke uns die Kraft, etwas Wesentliches zu tun."

(Beifall bei der SPD. - Kempmann (Grüne): Schon ist sie da! - Zuruf von Frau Knoblich (CDU).)

Daraufhin habe ich mir Ihren Antrag angeschaut. Ich habe festgestellt: Dieses Mal hat die Kraft nicht gereicht. Sie haben mit diesem Antrag nichts Wesentliches bewirkt; denn er ist leider in sehr vielen Punkten, die ich Ihnen aufzeigen werde, überflüssig.

(Hirche (FDP): Überflüssig? Wollen Sie Münchehagen lassen, wie es ist?)

Damit Sie sehen, daß sowohl Sie wie auch die anderen wie auch wir ständig Sicherung und Sanierung beantragt haben, habe ich für Sie bei der NILAS viele parlamentarische Initiativen der letzten Legislaturperiode ausdrucken lassen. - Frau Präsidentin, darf ich das einmal hinüberreichen, und Sie halten die Zeit solange an?

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen. - Frau Tewes (SPD) übergibt die Unterlagen Herrn Dr. Hruska. - Zuruf: Neuer Stil!)

Ich bin mir dennoch bewußt, daß viele neue Kolleginnen und Kollegen da sind und daß wir uns in Würdigung der parlamentarischen Arbeit, also auch dieses Antrages, die einzelnen Punkte noch einmal genau ansehen müssen. Es sind ja sieben an der Zahl.

Zur ersten Forderung ist eigentlich schon eine ganze Menge gesagt worden. Deswegen kann ich dies hier abkürzen. Unser Antrag vom 19. Mai 1988 hat die damalige Regierung aufgefordert, parallel zur Sicherung Sanierung zu betreiben. Auf diesen Antrag hat sich die Landesregierung berufen, als ich drei kleine Anfragen gestellt habe. Außerdem hat sie sich auf ihren eigenen Entschließungsantrag vom 31. Mai 1988, berufen, der heute auch schon vielfach zitiert worden ist. Auch Ihre eigene Fraktion - ich bestätige das - hat sich im Juni 1989 dahingehend geäußert, daß sie sogar eine Durchführbarkeitsstudie und auch eine Risikoabschätzung für nötig hält. Dies allerdings ist in Ihrem Antrag ein bißchen

zu kurz gekommen. Ich will nicht so hart sein zu sagen, es ist gar nicht mehr da.

Zur zweiten Forderung ist folgendes zu sagen. Sie fordern hier die Auskofferung durch Tiefkaltvereisung. Herr Dr. Hruska, Sie haben das in der Debatte eben Gott sei Dank zurückgenommen und gesagt, Sie würden natürlich auch einverstanden sein, wenn die Diskussion auf der Technologieebene ergäbe, daß wir ein anderes Verfahren suchen müssen. Dann frage ich mich allerdings: Ist dieser Antrag jetzt ganz überflüssig geworden? Denn Sie stechen da richtig durch. Sie wollen diese eine Entnahmetechnik haben. So ist es wenigstens formuliert. Nun müssen Sie sich schon entscheiden. Wir haben aber im Ausschuß noch Zeit, zu sehen, wie Sie sich entschieden haben.

Ich will ja den seinerzeit an mich gerichteten Vorwurf, von Herrn Eveslage nicht weiterreichen. Er hat, als wir die Durchführbarkeitsstudie verlangten, gesagt, das sei Populismus statt politischer Verantwortung. Ich will Ihnen das nicht weitergeben. Er hat nämlich außerdem auch noch gesagt: "Damit qualifizieren Sie sich nur bedingt für die Rolle der Opposition."

(Heiterkeit bei der SPD.)

Das wollen wir doch noch nicht sagen. Sie sind doch erst so kurz in der Opposition!

Ihre dritte Forderung, F- und E-Gelder vom BMFT zu bekommen. Meine Damen und Herren, ich erinnere an das unrühmliche Scheitern des Eintreibens dieser Gelder. Es war nämlich ein großes Windei, das in der Weihnachtszeit geplatzt ist: das Ende dieses beantragten Projektes. Die bisherige Landesregierung kam aus Bonn mit leeren Händen. Das interessanteste Scheingefecht lieferte der Ministerpräsident, indem er meinem Kollegen Heineking noch im September 1989 versprach, er wolle sich persönlich am 2. Oktober in Bonn dafür einsetzen.

(Waike (SPD): Herr Heineking?)

- Nein, Ministerpräsident Albrecht. - Erfolglos.

Ich denke, daß diese Landesregierung sicherlich auch Bonn in die Pflicht nehmen wird, um Bundesforschungsmittel zu bekommen.

Auf jeden Fall würde ich sie dringend bitten, dieses zu tun.

(Heineking (CDU): Ein Konzept braucht man, sonst geht es nicht, Frau Tewes! Das wissen Sie!)

- Das ist sehr richtig, Herr Heineking.

Zur vierten Forderung fällt mit nur ein Hinweis ein. Die vierte Forderung war ja - ich gucke noch einmal nach - das, was in anderen Worten im alten Antrag stand, also CC-Verfahren, HTV-Anlage, Hoheneggelsen und Verbrennung. Das heißt, Sie fordern eine Gesamtauskofferung mal eben so. Früher hatten Sie wenigstens noch die Notwendigkeit und die Möglichkeit der Auskofferung untersuchen wollen.

(Dr. Stratmann (CDU): Das hat er von Ihnen gelernt!)

Sie wollen dann nicht mehr geeignete Entsorgungstechniken suchen. Sie verzichten auf alternative Betrachtungen; ich habe das schon gesagt. Was mir ganz wichtig ist: Sie gehen dann nicht mehr auf Sicherungserfordernisse ein. Ich finde, daß das wirklich so nicht geht.

Aber ganz lecker ist ja nun der fünfte Punkt. Herr Hruska möchte, daß nach der Sanierung eine Rekultivierung der Anlage erfolgt. Wunderbar, Herr Hruska! Das ist ein Selbstgänger. Wenn wir dann nach Ihrer Zeitrechnung im Jahre 2015 soweit sind, daß wir saniert haben, werden wir selbstverständlich die Landesregierung bitten, die Rekultivierung nicht zu vergessen.

(Dr. Hruska (FDP): Dann können Sie doch einem Punkt wenigstens zustimmen! - Hirche (FDP): Wenn es so nicht dringestanden hätte, hätten Sie das kritisiert!)

Ich komme zum Punkt 6, zur Finanzierung. Ich denke, daß die Ministerin zur Finanzierung wunderbare Worte gefunden hat. Sie werden ebenso wunderbare Worte finden und uns im Umweltausschuß erklären, wie Ihr Finanzierungsmodell für schätzungsweise 2 Milliarden DM zustande kommt.

Somit bleibt mir, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, nur noch die Feststellung: Es ist klar, daß sich der Antrag die Frage gefallen lassen muß, warum er gestellt worden ist. Wenn er ein Entree zur Zusammenarbeit in der Zukunft war, dann freue ich mich ausgesprochen darüber. Dann könnte er auch eine Beerdigung erster Klasse verdienen; denn dann würden wir die Zeit nicht mehr mit Diskussionen verschwenden, sondern würden jetzt an die Arbeit gehen.

(Dr. Hruska (FDP): Dazu sind Sie aufgefordert!)

Das, was die vorige Regierung zu tun begonnen hat, wird die neue Regierung fortsetzen; das haben wir gehört. Sie werden ja mit Sicherheit nicht die Arbeiten der alten Regierung durch ein Nein zu den Forderungen der jetzigen Regierung konterkarieren, die Ihnen die Zusammenarbeit angeboten hat.

(Zurufe von der CDU.)

- Sie haben sich dreimal versprochen, ich nur einmal. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Herrmann:

Das Wort hat Frau Dr. Schole.

Frau Dr. Schole (Grüne):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir hatten hier gerade die Vorstellung eines Vertreters einer Partei, Herrn Eveslage, die sich in der Regierungsverantwortung jahrelang weigerte, die Giftmülldeponie Hoheneggelsen überhaupt als Altlast anzuerkennen,

(Waike (SPD): Da war doch irgend etwas mit einer Kuhflade, glaube ich!)

die in ihrer Regierungsverantwortung bis dato zur Sanierung nichts Positives beigetragen hat,

(Zuruf von der CDU: Frau Dr. Schole, Hoheneggelsen?)

die erst von einer Bürgerinitiative auf Dioxin-verseuchte Wiesen hingewiesen werden mußte und die über einen Antrag gesprochen hat, hinter dem sie inhaltlich überhaupt nicht stand, sondern den sie rein als parteitaktisches Kalkül betrachtete. Das, meine Damen und Herren, nenne ich politische Glaubwürdigkeit einer Partei!

Unseren Antrag, Herr Eveslage, kenne ich sehr genau, den brauchen Sie mir nicht zu zitieren.

(Eveslage (CDU): Stehen Sie denn zu diesem Antrag? - Zuruf von der CDU: Sie sollen das Protokoll zitieren!)

- Das Protokoll haben Sie völlig richtig zitiert.

(Eveslage (CDU): Danke!)

Ich war damals und ich bin jetzt der Meinung, daß wir um eine Auskofferung dieser Deponie nicht herumkommen werden. Das Verfahren aber, das Herr Hruska hier genannt hat, innerhalb von 20 Jahren ohne jegliche Basisabdichtung eine Auskofferung in dieser Form vorzunehmen – können Sie das verantworten? Ich kann es nicht verantworten!

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsidentin Herrmann:

Das Wort hat Herr Grill.

Grill (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Dr. Schole, ich habe mich eigentlich nur deshalb noch einmal zu Wort gemeldet, weil es ein Genuß ist, zu sehen und zu hören, wie innerhalb von drei Monaten das Sein das Bewußtsein bestimmt. Es hat wirklich nur diese kurze Zeit gebraucht, bis Sie hier vorne

(Zuruf von Frau Dr. Schole (Grüne))

die Reden halten – ich meine damit auch die Rede von Frau Griefahn –, die Sie – –

(Frau Dr. Schole (Grüne): Das ist doch reine Polemik!)

– Bis jetzt habe ich noch nichts Polemisches gesagt.

(Lachen bei der CDU.)

Ich habe nur feststellen wollen, daß Sie die Reden gehalten haben, zu denen Ihr Kommentar bis zum 13. Mai 1990 etwa wie folgt lautete: Es sei eine unverantwortliche Politik, und wir würden mit dem Leben der Menschen spielen, wenn wir nicht sofort auskoffern würden. Genau diese differenzierte Betrachtung in der Frage der Sicherung, damit wir die Sanierungsmöglichkeiten in Ruhe suchen können, ist das Konzept der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen in diesem Hause gewesen.

Ich habe Ihnen das schon so oft gesagt. Ich wiederhole es noch einmal; vielleicht begreifen Sie es dann: Ich könnte Frau Griefahn doch sagen, daß ein großer Teil der Altlasten, und zwar der problematischste Teil, in einer Zeit entstanden ist, in der Herr Bruns von der SPD dafür verantwortlich gewesen ist.

(Waike (SPD): Die Geschichte hatten wir schon! – Zuruf von Frau Dr. Schole (Grüne).)

Wir alle von der CDU haben jedoch immer dargestellt, gleich ob es Georgswerder oder anderes war, daß dieses das Erscheinungsbild einer Industriegesellschaft ist, die über weite Strecken zu sorglos mit ihrem Abfall umgegangen ist.

(Zustimmung von Dr. Hruska (FDP).)

Vizepräsidentin Herrmann:

Herr Grill, kommen Sie bitte zum Schluß.

Grill (CDU):

Es gibt in den Parteien der SPD, der FDP und der CDU in der Bundesrepublik Deutschland niemanden, der sich hier hinstellen und sagen könnte, er habe an dieser Entwicklung keinen Anteil.

(Zustimmung von Dr. Hruska (FDP). – Zuruf von Frau Dr. Schöle (Grüne).)

Aber das, Frau Dr. Schöle, was uns, unterscheidet – das möchte ich hier noch einmal deutlich herausarbeiten –, ist, daß wir uns zu dieser Vergangenheit auch in dem Sinne bekennen, daß wir sagen: Wir haben jetzt eine technisch-wissenschaftliche Entwicklung, die uns Möglichkeiten an die Hand gibt, die wir 1976 und 1980 noch nicht hatten.

(Dr. Hruska (FDP): Richtig!)

Ich wollte Ihnen dieses noch einmal sagen, auch mit den Worten von Herrn Dr. Hruska, der hier an diesem Pult sehr oft gesagt hat, Politik sei kein Ingenieurbüro. Deswegen sind manche Teile seines Antrages für uns auch so nicht tragfähig. Aber das hatten wir schon in der Koalitionszeit miteinander ausdiskutiert.

Das zweite ist: Es ist immer leicht, mit dem Wissen von 1990 die Entscheidungen der 70er Jahre zu kritisieren.

Vizepräsidentin Herrmann:

Herr Abgeordneter, wenn Sie jetzt bitte zum Schluß kommen wollen!

Grill (CDU):

Ich komme zum Schluß, Frau Präsidentin. – Wenn Sie sich einmal anschauen, was in Bonn der neue Bundesumweltminister Toepfer

mit der Novelle des Abfallgesetzes an Verordnungen in Gang gesetzt hat, um dem Sondermüllabfall, der TA Abfall und anderen Dingen zu Leibe zu rücken, dann kann ich nur sagen: Ich habe heute eine rot-grüne Koalition gehört, die offensichtlich zur Vernunft gekommen ist und die das, was wir über Jahre hinweg in Sachen Münchenhagen gefordert haben, nur deswegen zur neuen Politik erklärt hat, weil sie seit dem 13. Mai rot-grün angestrichen worden ist. Der Anstrich macht es aber nicht, Frau Schöle.

Vizepräsidentin Herrmann:

Herr Grill, Sie haben jetzt zwei Minuten über die Zeit gesprochen!

Grill (CDU):

Vielmehr ist der Inhalt entscheidend. Ich habe mit großer Befriedigung feststellen können, daß Sie unsere Inhalte in Sachen Münchenhagen vollends übernommen haben. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU. – Zuruf von Frau Dr. Schöle (Grüne).)

Vizepräsidentin Herrmann:

Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, den Antrag zur federführenden Beratung und zur Berichterstattung an den Ausschuß für Umweltfragen sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Haushalt und Finanzen zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 21:

Erste Beratung: Sanierung des Dämmerraumes – Antrag der Fraktion der FDP – Drs 12/138

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 40 Minuten zur Verfügung. Die Einbringung kann bis zu fünf Minuten dauern. In der Beratung